

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 10

Artikel: Krieg mit goldenen Kugeln
Autor: Seesemann, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157400>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Krieg mit goldenen Kugeln.

Von Kurt Seefemann, Mülheim-Ruhr.

Im August/Septemberheft 1931 dieser Zeitschrift hat Maurice Duhamel in seinem Aufsatz „Das Kolonial-Reich Frankreichs“ die enge Zusammenarbeit der französischen Hochfinanz, des höheren französischen Militärs und Beamtentums sehr zutreffend geschildert. Er zeigte, daß die französische Hochfinanz sich im internationalen Wettbewerb auf dem Weltmarkte nicht mit den kleinen Gewinnen der amerikanischen, englischen und deutschen Industriellen begnügt, sondern von vorneherein große Gewinne erstrebt, die für sie nur dadurch erreichbar sind, daß sie rücksichtslos ihre militärischen Machtmittel einsetzt. In den zollgeschützten Kolonien hat Frankreich ohne weiteres die Möglichkeit großer Gewinnspannen, doch die 60 Millionen Einwohner der französischen Kolonien ergeben für die französische Hochfinanz noch nicht ein genügend großes Betätigungsfeld. Ihr schwebt deshalb zumindest der Plan eines paneuropäischen Gebietes vor, das sich mehr oder weniger als ein koloniales Betätigungsfeld für Frankreich erweisen soll. Welches Gesicht ein solches koloniales paneuropäisches Gebiet haben würde, zeigen die vorjährigen Verhandlungen Frankreichs mit Lettland. Eine französische Finanzgruppe wollte für den Bau lettländischer Eisenbahnen einen Posten Schienenmaterial gegen kurzfristigen Kredit liefern. Obgleich es sich um altes, aus der Kriegszeit stammendes Material handelte (was bezeichnenderweise erst recht spät öffentlich bekannt wurde), waren die Preise beträchtlich höher, als die deutschen Preise für neues Material. Das von Vertretern demokratischer Parteien Lettlands in die Wege geleitete Geschäft zerschlug sich allerdings schließlich an der Kreditfrage, da die infolge der deutschen Krise inzwischen eingetretene Schrumpfung des lettländischen Exports eine rechtzeitige Abdeckung des kurzfristigen französischen Kredits unmöglich gemacht hätte. Wenn Frankreich dieses Geschäft nicht durchsetzen konnte — in einem kolonialen, unter französischer Militärmacht stehenden Paneuropa wäre die Möglichkeit zu solchen Geschäften fraglos größer. Es sei bemerkt, daß Laval, ehemals Kommunist und heute Ministerpräsident und Außenminister, der Hauptvertreter einer paneuropäischen Kolonialpolitik Frankreichs ist im Gegensatz zum weltpolitisch gerichteten Lardieu. Den Befähigungsnachweis zu seinen Posten hatte Laval im vergangenen Jahre erbracht durch die von ihm meisterlich geführte

Valutataktik.

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß Frankreich, ganz im Gegensatz zu England und den U. S. A., die Überschüsse seiner Zahlungsbilanz nicht für wirtschaftliche, sondern für politische Zwecke im Auslande verwendet. So war es vor dem Kriege, als Frankreich 17 Milliarden Gold-

franken in Rußland zum Ausbau der strategisch wichtigen Eisenbahnen in Polen, zum Ausbau der russischen Rüstungsindustrie u. s. w. investierte, und so ist es auch nach Beendigung des Weltkrieges geblieben, denn Frankreich hat die sich auf 7 bis 8 Milliarden Goldfranken belaufenden Überschüsse seiner Zahlungsbilanz seit dem Weltkriege, teils gewißigt durch den Verlust seiner russischen Gelder, teils aus rein machtpolitischen Gründen (wobei der zweite Grund möglicherweise auch als Mittel zur Wiedergewinnung des Verlustes in Rußland dienen soll), kurzfristig auf den Geldmärkten Europas und Amerikas angelegt. Ein verhältnismäßig geringer Teil wurde zum Ausbau der polnischen und rumänischen Heeresmacht verwandt. Zum ersten Male wurden die kurzfristigen Auslandsanlagen von Frankreich zu einer politischen Aktion verwandt, als die deutsch-österreichischen Zollunionspläne erstmalig die französischen Bestrebungen eines kolonialen Paneuropa durchkreuzten. Die französische Hochfinanz zog indirekt über den Londoner und über andere Kapitalmärkte die kurzfristigen Kredite aus Österreich ab, verweigerte eine Stützung der österreichischen Valuta, als Österreich das Fallenlassen des Zollunionsplanes dank der versprochenen deutschen Finanzhilfe ablehnte, und wandte darauf dieselbe Taktik gegen Deutschland an, das inzwischen mit einem 200 Millionen-Kredit Österreich zur Seite gesprungen war, brachte auch die deutsche Valuta ins Wanken, ohne indessen von Deutschland die Aufgabe des Zollunionsplanes zu erreichen. Frankreich konnte die deutsche Valuta deshalb so leicht zu Fall bringen, weil Deutschland seit 1924 alle Reparationszahlungen nur durch die Aufnahme von Auslandsanleihen bestritten hatte. Ungefähr zwei Siebentel der gesamten deutschen Reparationssumme waren Jahr für Jahr als Zahlungsüberschuß in Frankreich geblieben und von dort kurzfristig auf den New Yorker, Londoner, Amsterdamer, Stockholmer u. s. w. Geldmärkten angelegt worden. Daraus entsprang auf den genannten Geldmärkten jene Geldfülle, deren sich das kapitalhungrige Deutschland bei seinen Auslandsanleihen bedienen konnte. Als die Warnungen des Reichsbankpräsidenten Dr. H. Schacht der langfristigen Kredithergabe des Auslands an Deutschland einen Riegel vorgeschoben hatten, bewirkte die durch die kurzfristige Anlage französischer Gelder auf den genannten Geldmärkten hervorgerufene Geldfülle eine weitere Kredithergabe an Deutschland, die jetzt allerdings nur noch kurzfristig erfolgte. Das Ergebnis war aber das gleiche, weil Deutschland die hereinkommenden Devisen sofort wieder für Reparationszwecke ins Ausland und zwar vornehmlich nach Frankreich weiterleiten mußte, so daß es die Verfügungsmöglichkeit über die ausländischen Devisen verlor, rechtlich jedoch zur kurzfristigen Lieferung dieser Devisen verpflichtet blieb. Der von der französischen Hochfinanz in Szene gesetzte Devisenabzug aus Deutschland mußte deshalb die Reichsbank in arge Bedrängnis bringen, da sie einfach nicht in der Lage sein konnte, die erforderlichen Devisen herbeizuschaffen. Andererseits aber erhielt die französische Hochfinanz ein politisches Druckmittel gegen die Gläubiger Deutsch-

lands in die Hand, sobald sie die bei ihnen investierten Gelder zurückverlangte, weil die Gläubigerländer (England, Schweden u. f. w.) ihre kurzfristigen Guthaben aus Deutschland nicht zurückerhalten konnten, da sie dort dank der Reparationen „eingefroren“ waren.

Der finanzielle Druck, den Frankreich auf dem wichtigsten europäischen Geldmarkte, dem Londoner, ausübte, mußte verständlicherweise einen Widerstand in England auslösen. Doch hatte die französische Hochfinanz sich bei ihrem Krieg mit den goldenen Kugeln gegen Deutschland auch des New Yorker Geldmarktes bedient, wie das die systematischen Goldabzüge aus Deutschland im Mai und Juni des vergangenen Jahres beweisen. Die Interessen auf dem New Yorker Geldmarkte waren aber durchaus geteilt. Im Jahre 1924 hatte Morgan mit Deutschland in ein politisches Geschäft kommen wollen. Durch die Einführung der Reichsmark und die damit verbundene Ausprägung deutscher Silbermünzen bot sich für Morgan die Möglichkeit eines guten Geschäftes, da die Silberpreise auf dem Weltmarkte sehr gedrückt lagen. Der damalige Reichsfinanzminister Dr. Luther ging aber nicht in vollem Umfange auf die Vorschläge Morgans ein und Morgan quittierte die schlechteren Geschäftsbedingungen, die er bei dieser Finanztransaktion erhalten hatte, mit den harten Bedingungen des Dawesplanes und schlug sich seitdem auf die Seite der konzilianteren französischen Hochfinanz. Wohl wurde er in den darauf folgenden Jahren vom Bankhause Dillon, Read & Co. und den diesem Bankhause befreundeten Finanzgruppen mehrfach im Machtkampfe an der Wallstreet ausgestochen und zwar mit Beträgen, die gleich in die Hunderte von Millionen Dollar gingen. Er fühlte sich indessen seines endgültigen Sieges sicher, denn es waren ja gerade jene Finanzgruppen, die außer den kurzfristigen Krediten noch ungefähr 9 Milliarden Goldmark in Deutschland langfristig investierten. So war es denn auch kein Wunder, daß in den viel späteren Verhandlungen um den Young-Plan Morgan in jeder Beziehung den französischen Forderungen zum Siege verhalf, ging es doch um seine eigenen Interessen im Machtkampfe an der Wallstreet. Einen Gegner hatte Morgan allerdings nicht in seine Berechnungen mit einbezogen — den amerikanischen Präsidenten Hoover, der bereits seit dem Jahre 1920, dem ersten Krisenjahre in der amerikanischen Wirtschaft nach dem Kriege, das verhängnisvolle Treiben der französischen Politik durchschaute und mit großer Zähigkeit eine antifranzösische Politik in aller Stille eingeleitet hatte. Als nun durch die französischen Machenschaften die Reichsmark ins Wanken geriet, hielt Hoover den Zeitpunkt zum offenen Hervortreten für gekommen und erklärte das Feiertagsjahr. Deutschland hatte wieder einmal eine ganz große psychologische Chance im politischen Machtkampfe um die Reparationen, doch währte diese nur 48 Stunden. Der Reichskanzler Brüning hatte sie nicht erkannt und mußte sie deshalb nicht zu nutzen. Mit seiner an die Adresse der französischen Politiker gehaltenen Rundfunkrede trampelte er in den kunstvollen Porzellanladen Hoovers. Es gab viel Scherben. Frankreich

erhielt eine Atempause und mußte sie hervorragend zu benutzen. Die Rede Brüning's bot den französischen Politikern die willkommene Gelegenheit, über die Einzelheiten des Hooverplanes zu verhandeln, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und in der auf diese Weise gewonnenen Atempause die politischen Gegner zu isolieren und einen nach dem anderen zu erledigen. Zunächst wandte sich die französische Taktik gegen das ohnehin bereits unter einen genügend starken Valutadruck gesetzte deutsche Reich. Aller Wahrscheinlichkeit nach mußte Brüning bereits bei seinem Pariser Besuch die Zusicherung geben, daß er den deutsch-österreichischen Zollunionsplan fallen lassen werde. Aus innerpolitischen Gründen konnte Brüning das verständlicherweise nicht bekanntgeben. Erst auf der Tagung des Völkerbundes im vergangenen Herbst gab Deutschland den Zollunionsplan auf. Dr. Curtius, der damalige deutsche Außenminister, war das Opfer dieser Politik.

Einen schwereren Stand hatte Frankreich gegenüber England, das nach Erledigung Deutschlands den goldenen französischen Kugelregen über sich ergehen lassen mußte. Die Engländer hatten sich energisch gegen alle weiteren Reparationszahlungen gewandt. Nun gerieten sie unter das Trommelfeuer der französischen Hochfinanz, die eine fieberhafte Tätigkeit entfaltete. Flugzeuge mit Gold beladen schwirrten von London aus über den Kanal. Auch das englische Pfund geriet ins Wanken, wurde vom offiziellen Frankreich zunächst (selbstverständlich in einem nicht ausreichenden Maße) gestützt. Unterirdisch aber setzte die Pariser Hochfinanz ihre heimlichen Goldabzüge fort. Das Pfund wankte erneut und sollte erneut vom offiziellen Frankreich (der Bank von Frankreich) gestützt werden, doch diesmal nicht ohne politische, das Reparationsproblem betreffende Kompensationen. Doch die englische Diplomatie zeigte sich dieser Situation gewachsen und hob kurzerhand die Goldeinlöschungspflicht auf. Besonders interessant und aufschlußreich waren die nachfolgenden französischen Bemühungen, England während des Besuchs seines Außenministers in Paris zur erneuten Stabilisierung seines Pfundes zu bewegen. England wäre dann von neuem dem Golddruck der kurzfristigen französischen Kredite ausgesetzt gewesen ohne eine entsprechende Ausweichmöglichkeit zu besitzen. Doch auch diesen Forderungen gegenüber zeigte sich die englische Diplomatie gewachsen. Sie ging nicht auf die französischen Angebote ein, sondern lehnte sie kühl und energisch ab. Darüber hinaus aber gab sie die Parole aus, daß kein Engländer während des niedrigen Standes der englischen Valuta Vergnügungsreisen nach Frankreich unternehmen solle, und das englische Publikum folgte geschlossen dieser Parole. Daraus erwächst der französischen Fremdenindustrie ein jährlicher Ausfall von ungefähr 750 Millionen Goldfranken, eine Summe, die auch in der französischen Zahlungsbilanz sich fühlbar machen muß. Sicherlich war die Aufhebung der Goldeinlöschungspflicht Englands mit der schwerwiegenden Folge der Zerstörung des Londoner Geldmarktes nicht ausschließlich das Ergebnis des außenpolitischen

französischen Druckes gewesen. Englands Lohnsenkungsaktionen waren auf einen starken innerpolitischen Widerstand gestoßen. Die englische Arbeiterpartei war gleichsam als Bundesgenosse der französischen Politik aufgetreten. Der englische Arbeiterführer und Premierminister Mac Donald hatte deshalb durch die Aufhebung der Goldeinlösungspflicht gleichzeitig mit dem außenpolitischen Siege über Frankreich auch noch einen innenpolitischen Sieg über die Arbeiterpartei errungen, denn die Aufhebung der Goldeinlösungspflicht brachte auf dem psychologisch viel geschickteren Wege der Valutaabwertung die für die Weltmarkterzeugung erforderliche Lohnsenkung, die indirekt neben anderen Staaten vornehmlich Frankreich bezw. die französische Industrie treffen mußte. Den inzwischen eingetretenen Erfolg zeigt das Sinken der englischen und das Ansteigen der französischen Arbeitslosenziffer an. War der französischen Diplomatie England gegenüber der Erfolg versagt geblieben, weil in England Diplomatie und Notenbank engstens Hand in Hand gearbeitet hatten, so wandte sie die gleiche Taktik mit einem vollen Erfolge gegenüber den Vereinigten Staaten an, weil dort jene enge Zusammenarbeit des Präsidenten mit der Notenbank (den Bundesreservebanken) dank der amerikanischen Gesetzgebung nicht möglich war. Schon beim Machtkampfe um das englische Pfund hatte es sich um Finanztransaktionen gehandelt, wie sie die Geschichte der Banken und Börsen in einem solchen Ausmaße noch nie erlebt hatte. Da der amerikanische Gegner dank seiner enormen Goldreserven jedoch bedeutend mächtiger war, gestaltete sich der von der französischen Diplomatie etwa drei Wochen vor der Amerikareise Laval's eingeleitete

Machtkampf um den Dollar

noch viel großartiger! Von Paris aus wurden sämtliche Börsen der Welt durch Abzug der dort angelegten kurzfristigen französischen Kredite unter Druck gesetzt. Alle Länder wurden gezwungen, auf ihre Reserven in den U. S. A. zurückzugreifen. Auf diese für die breiten Massen sehr geschickt maschierte Art und Weise wurde zunächst der Goldabzug aus den amerikanischen Federal Reserve-Banken in die Wege geleitet. Wer konnte denn auch hinter der so geschickt verdeckten Unterminierung des Dollars den Kampf, den Laval gegen den amerikanischen Präsidenten Hoover um die deutschen Tribute führte, vermuten? Allerdings ließ sich der Kampf gegen einen so mächtigen Gegner, wie die U. S. A. es nun einmal sind, nicht völlig versteckt und auch nicht ohne die mächtige Bundesgenossenschaft aus dem amerikanischen Lager selbst führen. Morgan hatte seine Unterstützung der französischen Diplomatie und Hochfinanz zugesagt. Für ihn handelte es sich um ein großzügiges, absolut sicheres und sehr lukratives Valutageschäft, denn er erwarb zu einem niedrigen Preise französische Noten und lieferte für sie amerikanisches Gold. Nur so läßt sich auch die sehr starke Aufblähung des von der Bank von Frankreich ausgewiesenen Notenumlaufs

während des Machtkampfes um den Dollar erklären. Als die Goldabzüge aus den U. S. A. immer bedrohlicher wurden, schritten die Bundesreservebanken mit einer Diskonterhöhung zur Gegenwehr. Bisher war der Diskontsatz der Bank von Frankreich und der New Yorker Bundesreservebank gleich hoch gewesen. Die Erhöhung des Diskontsatzes in den U. S. A. um 1 % hätte ein Zurückfluten des Goldstromes nach den U. S. A. auslösen müssen, weil das Geld stets dem sichersten Markte mit dem höchsten Zinsniveau zufließt. Frankreich hätte jetzt entweder den Machtkampf um den Dollar einstellen oder gleichfalls den Diskontsatz heraufsetzen müssen. Eine Heraufsetzung des französischen Diskontsatzes mußten die U. S. A. als einen feindseligen Akt der Franzosen empfinden. Um so frappierender wirkte auf jeden, der auch nur etwas im Valuta- und Börsenwesen Bescheid weiß, die amtliche Bekanntgabe des Präsidenten der Bank von Frankreich, Moret, mit der er die einprozentige Hinaufsetzung des französischen Diskontsatzes begründete, daß nämlich die Diskontheraufsetzung aus Solidarität zu den U. S. A. erfolgt sei. Merkwürdigerweise wurde in fast sämtlichen Blättern, auch den Börsenblättern, diese Nachricht ohne Kommentar wiedergegeben. Moret war sich allerdings selbst der zu großen Widersprüchlichkeit seiner Bekanntgabe bewußt und änderte deshalb sofort seine Taktik, weil sonst doch heftigere Widersprüche in der Börsenwelt zu befürchten gewesen wären. Es wurden an der Pariser Börse Gerüchte über die Unsicherheit einer Reihe von französischen Banken in Umlauf gesetzt, um auf diesem Wege den kleinen französischen Sparer zum Abheben seiner Einlagen und zum Goldhamster zu veranlassen. Man wolle beachten, daß die französischen Banken merkwürdigerweise nur in der ersten Oktoberhälfte wackelten, später jedoch nicht mehr! Auch die französische Währung, so hieß es, sei nicht unbedingt zuverlässig und möglicherweise gefährdet. Man schlug auf diese Weise zwei Fliegen mit einer Klappe. Die französische Hochfinanz wälzte die Zinsverluste, die eine jede Goldhortung den Banken bringen muß, auf den französischen Sparer ab und konnte zudem noch als stichhaltiges Argument für die Goldbedürftigkeit der französischen Banken den goldhamsternden französischen Bauern ins Feld führen! Die Pariser Börse begann nun, den Dollar mit einem Disagio im Terminhandel zu notieren. In den U. S. A. wurde auf diesem Wege das Mißtrauen gegen den Papierdollar geweckt. Auch in den U. S. A. setzte das Goldhamster ein. Die amerikanische Golddecke wurde immer knapper, je näher der Zeitpunkt der Amerikareise Lavals heranrückte. Bei einem weiteren Goldabfluß konnten den amerikanischen Banken entsprechend den Golddeckungsvorschriften seitens der Bundesreservebanken nicht mehr ausreichende Kredite zur Verfügung gestellt werden und zwar gerade in dem Augenblick, in welchem die alarmierenden Nachrichten von der Pariser Börse die Geldabhebungen des amerikanischen Publikums bei den Banken ausgelöst hatten. Auch den Bundesreservebanken wäre schließlich nichts anderes übrig geblieben, als die Goldeinlösungspflicht aufzuheben.

Das aber hätte in keiner Weise den Interessen der französischen Diplomatie und Hochfinanz entsprochen, weil dadurch das finanzielle Druckmittel, dessen sich Laval politisch bedienen mußte, unwirksam geworden wäre. Aus diesen Gründen verhandelte Moret mit dem Vizepräsidenten der New Yorker Bundesreservebank wegen der Belassung eines Kredites von 200 Millionen Dollar bei der Bundesreservebank von New York. Gleichzeitig verhandelte der Vizepräsident der Bank von Frankreich, den man rechtzeitig von Paris aus nach New York geschickt hatte, mit dem Präsidenten der New Yorker Bundesreservebank. Während Laval auf der *Fl de France* nach New York hinüberfuhr, erhandelte Frankreich durch die Hergabe dieses Kredites die amerikanische Zusicherung, daß von Seiten der Bundesreservebanken die Goldeinlösungspflicht bezw. der Goldstandard nicht aufgehoben und daß von ihnen auch weiterhin eine Deflationspolitik betrieben werden würde. Mit dieser Zusage wurden dem amerikanischen Präsidenten Hoover politisch die Hände gefesselt. Hätte er sich den politischen Forderungen Lavals widersetzt, so hätte die politisch nicht zu fassende französische Hochfinanz mit Morgans Hilfe ihre heimlichen Goldabzüge fortgesetzt. Gegen einen anonymen oder unsichtbaren Gegner hätte Hoover selbstverständlich nicht vorgehen können. Der Geldumlauf hätte in den Vereinigten Staaten dann empfindlich eingeschränkt werden müssen, was zahllose Bankerotte und Insolvenzen amerikanischer Banken und industrieller Unternehmungen zur Folge gehabt hätte, weil das für den Fortbestand einer jeden Wirtschaft unumgängliche Transportmittel für Eigentumsrechte, das Geld, plötzlich in einem ausreichenden Maße gefehlt hätte. Hier zeigte es sich zum ersten Male in der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte, wie gefährlich es sein kann, wenn die politische Leitung nicht auf das allerengste mit der Notenbankleitung Hand in Hand arbeitet. Hoover erlitt eine völlige Niederlage, mußte wenigstens vorläufig auf alle politischen, die Reparationen betreffenden Forderungen Lavals, sich nicht in die europäischen Reglungen der Tribute einzumischen, eingehen und eine Revanche auf spätere Zeiten verschieben. Zu spät hatten die Bankreise um Dillon, Read & Co. die verschlagene Taktik Morgans durchschaut. Auch die Bemühungen, gegen Morgan einen Hochverratsprozeß anzustrengen, blieben erfolglos und werden es wohl auch bei der finanziellen Machtposition Morgans bleiben.

Inzwischen aber hat Hoover seine innenpolitische Stellung dadurch gestützt, daß er sich auf die Seite des westlichen Farmertums stellte und im Kongreß eine scharfe antifranzösische, gleichzeitig auch gegen die Wallstreet gerichtete Politik verfolgte. Die Stellungnahme des amerikanischen Kongresses, der einer Streichung sämtlicher Kriegsschulden mit Ausnahme der französischen Kriegsschulden an die U. S. A. zuzustimmen geneigt ist, kann hier als bekannt vorausgesetzt werden. Die amerikanischen Bankreise an der Wallstreet haben seither sichtlich an politischem Einfluß in den U. S. A. verloren, was nicht nur für die frankreichfreundliche Finanzgruppe um Morgan, sondern auch für die deutschlandfreundliche Banken-

gruppe um Dillon, Read & Co. einen Verlust an Einfluß und Macht auf weitere Sicht bedeutet.

Krieg auch mit eisernen Kugeln?

Die geschilderten Valuta-Machtkämpfe mit ihrem hochpolitischen Hintergrunde wurden in der europäischen und amerikanischen Presse überschattet durch die außenpolitischen Ereignisse in Ostasien, die sich Laval für seine Verschleierungstaktik nutzbar zu machen mußte. Für ein politisch feiner geschultes Ohr mußten die überlauten Telegramme, die Laval während seiner Amerikareise von der *Al de France* an Briand funkte, und die dann über die Havas-Agentur an sämtliche Rundfunksender Europas weitergegeben wurden, verdächtig erscheinen. Wozu betonte Laval so ausdrücklich den chinesisch-japanischen Zwischenfall in der Mandschurei und erwähnte mit keiner Silbe die japanisch-russischen Kämpfe? Waren doch schon Petersburger Regimenter an der mandschurischen Front eingetroffen und hatten wenigstens schon teilweise aktiv in die ostsibirischen Kämpfe eingegriffen! Man wird die politische Taktik Lavals sicherlich nicht als bescheiden bezeichnen können, denn er versucht es immer, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Durch seine Telegramme wurde die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit einmal von dem Machtkampf, den er mit Hoover um die deutschen Tribute führen mußte, abgelenkt, zum andern aber verschleierte seine Funksprüche den eigentlichen Kampf im fernen Osten, den russisch-japanischen Krieg. Wenn man bedenkt, daß Japan während der ostasiatischen Wirren in den Jahren 1919 und 1920 ein sehr viel leichteres Spiel gehabt hätte als jetzt, so kann das aktive japanische Vorgehen im gegebenen Augenblick nur mit der Zusicherung der Unterstützung der japanischen Forderungen von Seiten irgend einer anderen Großmacht erklärt werden. Den englischen Interessen muß das japanische Vorgehen in der Mandschurei zuwiderlaufen, da ein jeder Erfolg einer asiatischen Macht auf die englische Stellung in Indien schädigend zurückwirkt. Der amerikanisch-japanische Gegensatz ist hinlänglich bekannt. Es verbleibt mithin nur Frankreich als derjenige Staat, der ein Interesse am japanischen Vorgehen in Ostasien haben kann, denn eine Schwächung bezw. Festlegung Englands in Indien und Amerikas im fernen Osten kann der französischen Diplomatie nur dienlich sein.

Ein noch weit ernsteres Gesicht erhält aber die politische Weltlage, sobald man die Verhältnisse in Osteuropa näher ins Auge faßt. Die Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise in Polen sind katastrophal. Der polnische Staat ist nicht mehr in der Lage, sein viel zu kostspieliges Heer zu bezahlen. Aus innerpolitischen Gründen kann er es aber auch nicht abbauen. Er ist deshalb auf die französische Finanzhilfe angewiesen. Die Lage Polens läßt sich am besten mit der eines verarmten Herrenfahrers vergleichen, der sein viel zu teures Luxusauto unter Umständen als Mietzauto zu fahren gezwungen ist. Hierzu kommt noch ein weiterer Umstand,

der die Kriegsgefahr in Osteuropa beträchtlich erhöht. Der Marschall Piłsudski hegt einen ganz persönlichen Haß gegen alles Russische und ist deshalb weit eher zu einem Kriege mit Rußland geneigt, als die in Opposition zu ihm stehenden Nationaldemokraten, die von Rußland bezw. weiteren Gebietserwerbungen im Osten nichts wissen wollen, wohl aber begehrtlich nach Danzig, Ostpreußen und Litauen schielen. Wie lange noch der greise polnische Marschall den Diktator Polens spielen kann, ist ungewiß, deshalb wird es allmählich für Frankreich Zeit, die antirussische Einstellung Piłsudskis auszunutzen. Wenn auch der sowjetrussische Fünfjahrplan als zusammengebrochen bezeichnet werden muß, so stärkt sich die Machtstellung der Sowjetmacht innerpolitisch von Jahr zu Jahr. Inzwischen ist eine neue Generation herangewachsen, deren einer Teil, vorzüglich organisiert, einer intensiven kommunistischen Propaganda unterworfen wurde. Die Komsomolzen (kommunistischen Jugendgruppen Rußlands) lassen sich weltgeschichtlich wahrscheinlich nur den Janitscharen aus der Zeit der türkischen Expansion vergleichen. Je stärker aber die Machtstellung der Sowjets in Rußland wird, desto geringer werden die Aussichten der französischen Hochfinanz, jene in der Vorkriegszeit in Rußland investierten 17 Milliarden Goldfranken wiederzugewinnen. Wenn man schließlich bedenkt, daß die Kurse der russischen Werte, die immer noch an der Pariser Börse gehandelt werden, nur noch ein Achtel Prozent betragen, wenn man weiter bedenkt, daß der kleine französische Sparer meistens seine russischen Wertpapiere verkauft hat, so wird man auch verstehen können, daß die Liquidierung der Sowjetmacht und Wiederaufrichtung eines privatkapitalistischen Rußland für die französische Hochfinanz ein gewaltiges Geschäft bedeuten würde, bei dem sich ruhig einige Milliarden riskieren lassen. Denn ein mit französischer Hilfe neu errichtetes privatkapitalistisches Rußland könnte dank des von den Sowjets inzwischen durchgeführten industriellen Ausbaus jene 17 Milliarden Goldfranken weit eher verzinsen und zurückzahlen, als das zaristische Rußland der Vorkriegszeit. Schließlich, und das dürfte wohl der wichtigste Punkt in den französischen Überlegungen sein, würde ein solches „Auskaufen“ der deutschen Rückversicherung gegen Polen in Moskau durch eine größere militärische Aktion eine neue Kriegskonjunktur entfachen, durch die alle Schwierigkeiten der Weltwirtschaftskrise und alle sozialen Unruheherde schnell beseitigt werden könnten. Es läßt sich ferner kaum leugnen, daß auch die amerikanische Hochfinanz nur auf dem Wege einer neuen Kriegskonjunktur den verlorenen politischen Einfluß zurückgewinnen kann. Schon die durch den chinesisch-japanischen Zwischenfall in den U. S. A. ausgelöste Weizenhaussa hatte eine gewisse Stärkung der politischen Stellung der amerikanischen Hochfinanz zur Folge. Hier sieht man also, daß die französische Diplomatie nicht zu Unrecht von der amerikanischen Hochfinanz, vor allen Dingen aber von der ihr verbündeten Bankengruppe um Morgan im Falle ernsterer kriegerischer Verwicklungen Hilfe erwarten darf.

Wie aber sollte es zu größeren kriegerischen Verwicklungen kommen? Kriegserklärungen kann man in der heutigen Zeit doch nur dann machen, wenn man sich selbst als den angegriffenen Teil hinzustellen vermag! Die Sowjetmacht weiß es sehr wohl, welche ungeheueren Gefahren ihrem Bestande drohen, wenn sie sich in größere kriegerische Verwicklungen einlassen sollte. Der russisch-japanische Krieg wird augenblicklich ohne Kriegserklärung geführt, doch rechnet die Sowjetmacht mit einer Kriegserklärung und baut deshalb jetzt schon weit hinter der augenblicklichen Front am Baikalsee ihre Verteidigungsstellungen aus. Die großen Munitionsfabriken und Flugzeugwerke der Sowjetrussen liegen im Ural, so daß die Sowjetmacht sich auch im Falle eines polnisch-rumänischen Angriffs bis weit hinter Moskau zurückziehen kann, ohne ernstlich gefährdet zu werden. Ein Bandenkrieg aber läßt sich weder bis an den Baikalsee noch bis nach Moskau öffentlich rechtfertigen. Kennt man diese Zusammenhänge, so erscheint der Attentatsplan des tschechoslowakischen Gesandtschaftsrats in Moskau gegen den japanischen Gesandten in einem ganz anderen Lichte, als wie er in der Presse Westeuropas dargestellt wurde. Die in Diplomatenkreisen des neutralen Auslands diskutierte Version, nach welcher der japanische Gesandte mit dem tschechoslowakischen Gesandtschaftsrat unter einer Decke gesteckt habe, um sich selbst ermorden zu lassen und dadurch die Kriegserklärung Japans gegen Sowjetrußland zu ermöglichen, hat viel Wahrscheinliches für sich. Eine solche Handlungsweise kann man allerdings auch nur von einem Japaner bzw. von seiner Vaterlandsliebe und seinem Fatalismus erwarten. Wäre der Attentatsplan gelungen, so hätte die Welt vor einer ähnlichen Situation gestanden, wie nach dem Morde von Serajewo. Diese Version gewinnt noch stark an Wahrscheinlichkeit durch die wohl sicher feststehende Tatsache eines geheimen militärischen Bündnisses Frankreichs mit Japan. In diesem Zusammenhange erscheinen auch die im kommenden Frühjahr in Richtung auf Hawaii angesetzten großen amerikanischen Flotten- und Heeresmanöver in einem neuen Lichte. Sie bedeuten eine Kriegsandrohung der Vereinigten Staaten gegenüber Japan. Sie stellen gleichzeitig die ernsteste Warnung der U. S. A. an Frankreich dar, die Hoover augenblicklich an Laval ergehen lassen konnte. Wird die Warnung Hoovers, die ja auch gleichzeitig gegen die Hochfinanz an der Wallstreet und vor allen Dingen gegen Morgan gerichtet worden ist, Erfolg haben? Wir können es nicht wissen, wir können es nur hoffen. Inzwischen allerdings hat Laval die Warnung Hoovers mit der Berufung Tardieus zum Kriegsminister beantwortet. Kommt es zur Entfachung neuer kriegerischer Verwicklungen, dann sind deren gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen unabsehbar. Eine neue Kriegskonjunktur würde zunächst die Weiterzahlung der deutschen Reparationen an Frankreich sicherstellen. Andererseits bestände die Gefahr, daß das vorzüglich ausgerüstete und bewaffnete polnische Heer Ostpreußen und Danzig im Handstreich wegnimmt, um angeblich eine bessere Operationsbasis gegen Sowjetrußland zu gewinnen. Welche kriegerischen Verwick-

lungen sich daraus ergeben könnten, ist vorläufig noch nicht auszudenken. Sicher aber ist das, daß neue kriegerische Verwicklungen eine weitere Verarmung der breiten mittelfständischen Schichten in den vom Kriege betroffenen Ländern bringen würde und daß in den darauf folgenden Jahren Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit Ausmaße annehmen müßten, die man sich heute nicht vorstellen kann.

Kirche und Volksgemeinschaft.

Aber die Zukunft der deutschschweizerischen reformierten Landeskirchen.

Von **Walter Tobler**, Zürich.

Ein hervorstechendes Merkmal der Nachkriegszeit ist die vorwiegende, ja fast ausschließliche Beschäftigung der Öffentlichkeit mit Wirtschaftsfragen; weniger aus kleinlichem Materialismus als zufolge der besonderen Anforderungen, die die Nachwirkungen einer langen Kriegszeit an die wirtschaftliche Begabung des lebenden Geschlechts stellen. Es ist daher kein Zufall, daß über den brennenden Fragen der Wirtschaftsorganisation die Organisation geistiger Dinge vergessen oder ihre Lösung wenigstens auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird. Fragen der kirchlichen Organisation tauchen daher heute nur flüchtig in der öffentlichen Diskussion auf, um ebenso rasch wieder daraus zu verschwinden. Trotzdem ist es einer Volksgemeinschaft kaum dienlich, wenn über der Organisation des Wirtschaftslebens diejenige des Geisteslebens vergessen wird. Denn ein entwickeltes Geistesleben kann viel dazu beitragen, die Mängel des Wirtschaftslebens zu beheben und die allgemeine Wohlfahrt des Volksganzen zu fördern. Es wäre daher falsch, die offenen Fragen zu übersehen, die sich aus dem heutigen Zustand der deutschschweizerischen reformierten Landeskirchen ergeben, oder ihr Bestehen zwar anerkennen, ihre Lösung aber einem späteren Geschlecht überlassen zu wollen.

Die Kirche ist ursprünglich der Inbegriff des organisierten Geisteslebens einer Volksgemeinschaft. Wie die Religion ursprünglich das gesamte Geistesleben eines Volkes in sich birgt, so ist die Kirche ursprünglich die weltliche Organisation, der Hort desselben. Das war auch bei der Gründung der deutschschweizerischen reformierten Landeskirchen der Fall. Gerade der Zürcher Reformator war von dem Gedanken erfüllt, daß Staat und Kirche je eine Seite derselben Volksgemeinschaft und die Kirche der Inbegriff des organisierten seelischen und geistigen Lebens dieses in der staatlichen Organisation verbundenen Volksganzen sei. Heute ist das anders. Eine Entwicklung, die zu schildern hier zu weit führen würde, hat zur Folge gehabt, daß wir einer kirchlichen Organisation im Staate nur mehr einen nebensächlichen Platz zuweisen. Kirche bedeutet dem zeitgenössischen Men-